Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2935) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz werden entsprechend höher berechnet.
Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 579. Sonntag den 13. November 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Rücktritt Leutweins vom Gouverneurposten in Südwestafrika wird nunmehr amtlich bestätigt. (Siehe Aufstand in Südwestafrika.)

* Der Reichstag wird am 29. d. M. wieder zusammentreten und sich mit Petitionen und Wahlprüfungen beschäftigen. (Siehe Deutsches Reich.)

* Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag ist gestern in Bern unterzeichnet worden.

* In der Wiener Universität fanden Demonstrationen der deutschen Studenten gegen slawische und italienische Studenten, sowie gegen den Senat statt. Die slawischen und italienischen Studenten wurden durchgeprügelt und aus der Aula hinausgeworfen. (S. Ausland.)

* Im ungarischen Abgeordnetenhause hat zu allgemeiner Sensation der Ministerpräsident Tisza erklärt, daß der langjährige Wunsch der Opposition nach Errichtung einer Artillerietruppe für das ungarische Landheer in Erfüllung gehen soll. (S. Ausl.)

* Der New Yorker „Sun" zufolge steht die Ernennung Cornelius Vanderbilts, des vom deutschen Kaiser ausgezeichneten reichen Amerikaners, zum ersten Botschaftssekretär in Berlin unmittelbar bevor. (S. Ausland.)

Politische Wochenschau.

Nationale Gegensätze haben ein zähes Leben. Wie der Ruf „Hie Welf — Hie Waiblingen" durch lange Jahrhunderte der deutschen Geschichte schallte und auch heute noch gelegentlich aus den politischen Debatten hervorklingt, so hallte die letzte Woche wieder von dem Lärm zwischen Welschen und Deutschen auf dem Tiroler Boden. Es war ursprünglich nichts als eine Studentenprügelei gewesen, die sich vor dem Innsbrucker Gasthause „Zum weißen Kreuz" abgespielt hatte. Aber wie der Funke das Pulverfaß, so genügte dieser Zusammenstoß, die nationalen Leidenschaften zu entzünden, eben weil sich eine Unmasse von Zündstoff gerade in Tirol angesammelt hatte. Die Geschichte der italienischen Rechtsfakultät an der Innsbrucker Universität ist ja typisch für die österreichische Regierungsmethode, die es mit allen Nationalitäten des buntscheckigen Landes halten möchte, um es mit allen zu verderben. Daß dabei die Deutschen als die Allerweltsprügelknaben Verwendung finden, ist leider in Oesterreich gleichfalls alter, schlechter Brauch. Der Zusammenstoß zwischen Welschen und Deutschen hätte wohl trotzdem nicht einen so großen Umfang angenommen, wenn nicht der Statthalter Schwarzenau durch die Alarmierung der Garnison Oel in das Feuer gegossen hätte. Erst als der Maler Pozzey unter dem Bajonettstoß des Unterjägers Luigi Mattio verblutete, war das Band zwischen Deutschen und Italienern in Tirol zerrissen. Daß unter solchen Umständen die italienische Rechtsfakultät in Innsbruck wieder eröffnet werden könnte, ist selbst in der österreichischen Monarchie kaum möglich. Man wird nun doch zu dem Auswege greifen müssen, der von vornherein geboten schien, die Fakultät in eine italienische Stadt zu verlegen, wo sie ihren Zweck erfüllen kann, ohne die nationalen Gegensätze zu schüren. Unterdessen aber ziehen die Innsbrucker Unruhen weitere Kreise, als es dem Freunde des verbündeten Oesterreich lieb sein kann. Man braucht den Gegendemonstrationen in Mailand und an anderen Orten Italiens nicht einmal besonderes Gewicht beizulegen, um sich doch sagen zu müssen, daß der Dreibund nicht gerade eine Festigung erfährt, wenn die Volksleidenschaft dort einen Feind erblickt, wo die offizielle Diplomatie einen Freund sehen möchte. Ebenso liegt es auf der Hand, daß der österreichische Ministerpräsident, obgleich ihn gewiß keine persönliche Schuld an dem Innsbrucker Vorgange trifft, doch unter der Rivalität der Nationalitäten zu leiden haben wird. Die österreichische Regierung sieht sich wieder einmal in einer Sackgasse, ohne daß man ihr den Mut zutrauen könnte, sich mit männlicher Entschlossenheit eine neue Bahn zu schaffen.

Auch bei den Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Deutschland bedurfte es erst eines Anstoßes von außen, nämlich der Reise des Grafen Posadowsky nach Wien, um den verfahrenen Karren wieder auf das richtige Geleise zu schieben. Und wie in Wien, so scheint auch die persönliche Anwesenheit Posadowskys in Pest Wunder gewirkt zu haben. Das ungarische Abgeordnetenhaus, so sehr es sich auch zur Zeit mit dem Grafen Tisza in den Haaren liegt, nahm doch keinen Anstand, die Verhandlungen mit Deutschland zu billigen. Man darf deshalb wohl auch annehmen, daß die 24 Stunden, die Graf Posadowsky in Pest weilte, genügt haben, um wenigstens die prinzipiellen Schwierigkeiten, die dem deutsch-österreichischen Handelsvertrage von ungarischer Seite gemacht werden könnten, zu überwinden. An dem baldigen Abschluß des Vertrages ist deshalb kaum noch zu zweifeln, wenngleich es der österreichischen Regierung überlassen bleiben muß, durch die Schaffung des Ausgleiches mit Ungarn dem Vertrage seine dauernde Gültigkeit zu sichern.

Vielleicht hätten die Innsbrucker Vorgänge in Italien noch ein stärkeres Echo geweckt, wenn man dort nicht mit den Kammerwahlen lebhaft beschäftigt gewesen wäre. So hatten die Parteien Arbeit genug, um erst einmal sich selbst zu behaupten. Und obgleich man bei italienischen Wahlen nicht auf jene allgemeine Teilnahme rechnen darf, die beispielsweise die Wahlen zum deutschen Reichstage zu erwecken pflegen, so ist es doch diesmal im italienischen Parteileben nicht ohne Verschiebungen abgegangen. Auf die große Mehrheit zwar, die das Ministerium Giolitti um sich gesammelt hat, braucht man nicht viel zu geben. Diese Mehrheit ist nur so lange treu, als sie sich von dem Ministerium Vorteile verspricht. Bieten sich anderswo bessere Aussichten, dann schwindet sie erfahrungsgemäß dahin, wie die Butter an der Sonne. Dafür haben aber die Wahlen den extrem sozialistischen Parteien eine starke Niederlage gebracht, wohl als eine Folge der letzten Aufstände, bei denen der radikale Bogen allzu sehr überspannt wurde. Und nicht weniger bemerkenswert erscheint das Auftauchen einer klerikalen Partei. Noch hat ja der neue Papst das Wahlverbot seiner Vorgänger nicht rückgängig gemacht, wenigstens nicht offiziell. Er sieht nur durch die Finger. Das hat bereits genügt, um auch dem Klerikalismus Eingang in die italienische Deputiertenkammer zu verschaffen. Und da der Appetit beim Essen zu kommen pflegt, so liegt hier vielleicht die Grundlage einer klerikalen Partei auch in Italien, genau wie sie nicht bloß das Deutsche Reich, sondern auch die französische Republik aufweist.

Gerade in Frankreich waren ja die mit den Nationalisten verbündeten Klerikalen in der letzten Woche wieder geschäftig dabei, dem verhaßten Ministerium Combes den Todesstoß zu versetzen. Vielleicht wäre es ihnen gelungen, wenn nicht die beiden Ohrfeigen, die der Rüpel Syveton dem Kriegsminister André applizierte, den Ekel aller anständigen Menschen geweckt hätten. So kann Herr Combes wenigstens noch seine Vorlage über die Trennung von Staat und Kirche der Kammer überreichen. Ob er sie aber auch durchsetzen kann, das ist eine andere Frage. Zeigen sich doch immer neue Merkmale, die auf einen nahen Umschwung in der Stimmung des französischen Volkes, das nicht gern lange bei der Stange bleibt, hindrängen. Besonders der negative Ausgang des Prozesses gegen die Offiziere Dautriche und Genossen beweist, daß die Säuberung der französischen Armee von klerikalen Elementen dem jetzigen Kriegsminister noch längst nicht gelungen ist. Unter diesen Umständen muß man damit rechnen, daß die Tage der Ministerherrlichkeit Andrés trotz jener Ohrfeigen gezählt sind, und daß er auch den größten Teil seiner Kollegen, Herrn Combes voran, mit in seinen Sturz zieht.

Die Vereinigten Staaten haben wieder auf vier Jahre Ruhe. Die Präsidentenwahlen bedeuteten für Herrn Roosevelt ein glänzendes Vertrauensvotum. Nie zuvor ist ein Präsident der Vereinigten Staaten mit einer so überwältigenden Mehrheit gewählt worden, wie sie diesmal Roosevelt erhalten hat, nie hat die demokratische Partei eine so vernichtende Niederlage erlitten. Indessen wäre es falsch, der demokratischen Partei allein in die Schuhe schieben zu wollen, was in erster Reihe der Persönlichkeit Roosevelts zu verdanken ist. Denn Herr Parker mag immerhin ein ehrenwerter Mann sein, aber in seiner Gegenüberstellung zu Roosevelt mußte er verblassen. Nur durch einen Zufall ist Roosevelt vor drei Jahren zur Würde eines Präsidenten gekommen. Umsomehr muß anerkannt werden, daß er sich in dem Sattel ausgezeichnet festzusetzen wußte. Der Amerikaner sieht in ihm, und nicht mit Unrecht, eine Verkörperung aller jener Tugenden, die jenseits des großen Teiches am höchsten geschätzt werden, des Wagemutes vor allem und der rücksichtslosen Tatkraft. Er weiß auch, daß Roosevelt dem imperialistischen Expansionsbedürfnis des amerikanischen Volkes entgegenkommen wird. Für uns Deutsche ist diese Wiederwahl Roosevelts, die ihm natürlich ein erhöhtes Prestige verleiht, insofern nicht ohne Gefahr, als wir drüben als besonders ernst zu nehmende Konkurrenten gelten. Aber abgesehen von diesen sachlichen Gegensätzen, die auch unter Parker nicht kleiner gewesen wären, darf man doch von Roosevelt erwarten, daß er nicht gewaltsam einen Konflikt an den Haaren herbeiziehen wird. Mehr von dem Präsidenten eines fremden Staates zu fordern, wäre unklug und läge nicht einmal im nationalen Interesse.

Im englisch-russischen Streitfall hat die letzte Woche einen weiteren Ausgleich der Gegensätze gebracht. Die Rede des Lord Lansdowne in Guildhall kann sogar als ein direkter Rückzug Englands angesehen werden. Sie triefte förmlich von Friedensliebe, obgleich man sagen muß, daß Rußland bisher so gut wie gar keine Zugeständnisse gemacht hat. Noch vor dem Ausgange der internationalen Untersuchungskommission erkannte der englische Minister des Aeußern an, daß der russische Angriff kein überlegter gewesen sei; er suchte sogar Honig aus der etwas blamablen Tatsache zu saugen, daß die baltische Flotte ruhig weitergefahren ist und nur vier Offiziere zurückgelassen hat. Herr Lansdowne meinte, die russische Regierung trage allein die Verantwortung für die Auswahl dieser Offiziere. Das will dem gesunden Menschenverstande schwer einleuchten, da es doch den Engländern darauf ankommen muß, die wirklich Schuldigen zu fassen. Daß aber Rußland gerade diese Offiziere zurückgelassen haben sollte, ist mehr als unwahrscheinlich. Vielleicht findet man die Lösung für diese auffällige Nachgiebigkeit der englischen Regierung, wenn man in Betracht zieht, daß Herr Delcassé am Donnerstag in der französischen Kammer mit besonderem Nachdruck auf das französisch-russische Bündnis als eins der mächtigsten Werkzeuge des europäischen Gleichgewichtes hingewiesen hat. Dieses demonstrative Bekenntnis des französischen Leiters der auswärtigen Angelegenheiten dürfte das englische Ministerium überzeugt haben, daß es im Interesse eines gesunden Schlafes geraten sei, die Flotte des Admirals Rschdjestwensky ruhig ihres Weges ziehen zu lassen; man hofft wohl auch, daß sie trotzdem ihr Ziel nicht erreichen wird.

Jedenfalls wird sie Port Arthur kaum noch in den Händen ihrer Landsleute finden. General Stöhel hat an sich selbst die Wahrheit des Wortes erfahren, daß man niemals Niemals sagen soll. Als ihn im Sommer die Japaner mit Kapitulationsanerbietungen drängten, drohte er, die japanischen Unterhändler erschießen zu lassen. Jetzt hat er selbst um einen Waffenstillstand bitten müssen. Das läßt darauf schließen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die japanische Flagge auf den Ruinen von Port Arthur wehen wird.

Quidam.

Innsbruck.

Exzesse der Wiener Studentenschaft.

Auf die Petition der Wiener deutschen Studentenschaft um Relegierung der italienischen Studenten der Wiener Universität, die sich an den Innsbrucker Kundgebungen beteiligt haben, hat der akademische Senat, eine durchaus gerechte Erklärung abgegeben. Er hat erwidert, gegen die beteiligten italienischen Studenten werde mit schweren akademischen Strafen vorgegangen werden. Wegen der Innsbrucker Ausschreitungen anderswo relegierte italienische Studenten würden an der Wiener Universität nicht aufgenommen werden. Die deutsche Studentenschaft, die sich im Universitätsgebäude angesammelt hatte, zeigte sich von der Antwort des Rektorats nicht befriedigt und stimmte Studentenlieder und die „Wacht am Rhein" an. Mehrere nichtdeutsche Studenten, die der Aufforderung, die Kopfbedeckung abzunehmen, nicht folgten, wurden aus der Aula hinausgedrängt, worauf es auf der Rampe der Universität zu einer Schlägerei mit Schirmen und Stöcken kam. Zwei Südslaven sollen leicht verletzt worden sein. Die deutschen Studenten besetzten die Rampe der deutschen Universität, die slavischen Studenten die gegenüberliegende Seite des Franzensringes. Die Wache hatte keinen Anlaß einzuschreiten. Die italienischen Studenten waren nur in geringer Zahl erschienen; einer von ihnen soll tätlich insultiert worden sein. Es beginnt da die Periode des Faustrechts; schmählich und traurig wäre es, wenn die große nationale Angelegenheit mit Prügeleien enden sollte.

Italienisch-slavische Bundesgenossenschaft.

Von südslavischer Seite wird nach den „H. N." geltend gemacht, die in Triest eventuell zu errichtende Universität müsse utraquistisch sein, denn in Triest seien auch Slovenen und die Umgebung sei slovenisch. Die Südslaven erinnern Herrn von Koeber an die seinerzeit überreichte Denkschrift mit einer Reihe slavischer Schulforderungen für Triest, Istrien und Görz, deren Berücksichtigung Körber zugesichert habe.

Eine italienische Subvention.

Der istrianische Landtag spendete, wie den „H. N." aus Triest gemeldet wird, für die in Innsbruck verhafteten Italiener tausend Kronen.

Der russisch-japanische Krieg.

Japan und die baltische Flotte.

Nach einer Londoner Meldung betreibt die japanische Regierung mit großer Beschleunigung die Vorbereitungen zur Bekämpfung der baltischen Flotte. Alle Flottenoffiziere, die nicht an aktiven Operationen beteiligt sind, wurden nach Japan berufen, um von dort aus an geheimgehaltene Bestimmungsorte abzugehen. Wie der allezeit informierte „Daily Expreß" hört, soll die russische Regierung darauf aufmerksam gemacht worden sein, die baltische Flotte werde von den Japanern im Suezkanal angegriffen werden. Die ägyptischen Behörden haben angeblich beschlossen, während der Durchfahrt der Flotte beide Kanalufer sorgfältig bewachen zu lassen.

Japan und Kreta.

Bei der Unterredung, die der japanische Gesandte Motono mit Delcassé hatte, handelte es sich nach einem Pariser Telegramm des „B. T." um die Tatsache, daß das russische Geschwader sich in einem Hafen der Insel Kreta verproviantiert habe. Kreta steht bekanntlich unter der Protektion Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens, und deshalb haben die japanischen Gesandten in London und Rom (also nicht in Berlin und Madrid) die gleiche Beschwerde erhoben, wie Motono in Paris.

Der General Kaulbars

hat sich, wie über Paris dem „Hamb. Korr." gemeldet, wird, in einem Interview geäußert: „Ich werde mich anfangs Dezember nach dem Kriegsschauplatz begeben. Schon 1900 machte ich dort Studien und durchreiste 7000 Werst des mantschurischen Gebiets. Der Winter wird die militärischen Operationen nicht unterbrechen. Das Vertrauen unserer Armee in Kuropatkin gilt sowohl dem guten Organisator wie dem beherzten Chef. Sein persönlicher Heldenmut an der Spitze des Petrowskschen Regiments, das er so erfolgreich gegen den Feind führte, enthusiasmierte Offiziere und Mannschaften, und gewiß ist nicht der geringste seiner Ruhmestitel die möglichste Schonung der Truppen. Alexejew brachte ein sehr umfangreiches Dossier mit, aus dem, falls der Kaiser es gestattet, Dokumente publiziert werden sollen, bestimmt, die Tätigkeit des Vizekönigs im vorteilhaften Licht erscheinen zu lassen." Von den Schwierigkeiten, die Alexejew bekämpfen mußte, habe die Welt kaum eine Ahnung. Alexejew denke nicht daran, seine Kraft dem Kaukasus und den Polen zu widmen. Er bleibe der Berater des Kaisers in allen den fernen Osten betreffenden Angelegenheiten, sowohl in militärischen, Marine- und diplomatischen Angelegenheiten.

Der Statthalter Alexejew

hatte, wie das „Berl. Tagebl." meldet, eine längere Besprechung mit dem Minister des Aeußern, Grafen Lambsdorff, und konferierte sodann mit dem Kriegs- und dem Marineminister. Nach der Rückkehr des Zaren wird der Statthalter in besonderer Audienz empfangen werden, um über die Lage auf dem Kriegsschauplatze Bericht zu erstatten. Wie in Marinekreisen

Auskunftsstelle des „Leipziger Tageblatts" für Schiffahrts-Angelegenheiten.

Die alljährlich steigende Beteiligung des deutschen Handels am überseeischen Verkehr hat naturgemäß zur Folge, daß auch Angehörige unseres engeren Vaterlandes und damit der Leser vom **„Leipziger Tageblatt"** in immer größerer und stetig wachsender Zahl sich dem Seemannsberufe widmen. In vielen Fällen ist die Mitteilung „ich gehe zur See" die letzte, die von diesen an ihre Angehörigen gelangt. Zwar geben die Agenturen der größten Bremer und Hamburger Reedereien Auskunft über den augenblicklichen Standort ihrer Dampfer, aber sie versagen in allen übrigen Fällen, speziell, wenn es sich um Segelschiffe oder gar um Schiffe unter anderer als deutscher Flagge handelt. Aber gerade in diesen Fällen liegt den Angehörigen am meisten daran, über den Verbleib des Sohnes oder Bruders zuverlässige Auskunft zu erhalten. Eine Anfrage an das deutsche Konsulat des letzten Hafenplatzes scheut mancher wegen der Umständlichkeit und der langen Zeit, die bis zum Eintreffen der Antwort vergeht, auch ist oft der letzte Anlaufshafen eines Schiffes dem betr. Konsulat nicht bekannt.

Das **„Leipziger Tageblatt"** glaubt daher einen zeitgemäßen Schritt zu tun, wenn es, gestützt auf durchaus zuverlässiges, neuestes Nachrichtenmaterial, als

erstes binnenländisches Blatt
eine
Auskunftsstelle für Schiffahrts-Angelegenheiten

errichtet und diese seinen Lesern und Freunden zur

unentgeltlichen Benutzung

freistellt.

Von dieser Auskunftsstelle wird **jedes** Seeschiff, welcher Nationalität es auch sei, fortlaufend kontrolliert und über sein Verbleiben **kostenlos Auskunft erteilt.**

Dringend notwendig ist aber zu einer korrekten Auskunftserteilung die **genaue Angabe des Schiffsnamens** und der **Nationalität,** womöglich auch des **Kapitäns** und der **Reederei,** da auch die Schiffsnamen sich wiederholen (es gibt z. B. **drei** transatlantische Dampfer „Deutschland".)

Die **Antworten** erfolgen im **Briefkasten** der Redaktion, wo **direkte** Antwort gewünscht wird, bediene man sich der **Postkarte** oder des **Telegramms mit bezahlter Antwort.**

Als Adresse genügt: **Tageblatt, Leipzig.**